

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gaeß in Wildbad.

Nummer 133

Fernruf 179.

Wildbad, Samstag, den 12. Juni 1920.

Fernruf 179.

54. Jahrgang

Wochenrundschau.

Der Wahlkampf ist vorüber, das deutsche Volk hat gesprochen. Das Ergebnis des von allen Parteien mit Aufbietung der letzten Kräfte geführten Wettbewerbs um die Volksseele hat die Vermutungen bestätigt, die sich auf die verschiedenen Zwischenwahlen seit Ende vorigen Jahres stützten: ein starker Rück nach rechts und eine ebenso starke Abwanderung aus der Sozialdemokratischen Partei in das radikalere Lager der Unabhängigen, während allerdings die äußerste Linke, die Kommunistische Partei verhältnismäßig wenig Anhang gefunden hat und nur zwei Vertreter, Hedert und Klara Zetkin, in den Reichstag entsenden wird. Die Sozialdemokratie wird in dem wiedererstandenen Reichstag — nach der vorläufigen Berechnung — mit 110 Abgeordneten vertreten sein, statt 163 der Nationalversammlung von 1919, inbegriffen die 17 Abgeordneten aus den Abstimmungsgebieten, die von der alten Nationalversammlung übernommen werden, da in den Abstimmungsgebieten zurzeit keine Wahlen gestattet sind; sie sollen im Herbst nachgeholt werden, es sind also für den Herbst noch weitere Veränderungen in der Zusammensetzung des Reichstags zu erwarten. An die zweite Stelle ist die Unabhängige Soz. Partei gerückt mit 80 Abgeordneten (bisher 22), an dritter erscheint das Zentrum mit 67 (88). Dann folgen die Deutschnationalen Volkspartei 66 (42), die Deutsche Volkspartei 61 (21), an sechster (bisher dritter) Stelle die Deutsche demokratische Partei mit 46 (75) Abgeordneten, ferner die Christlich-Föderalistische Liste, die sich zusammengelehrt einerseits aus der Bayerischen Volkspartei (dem jetzt selbständigen bayerischen Zentrum) und andererseits aus der Partei, die sich infolge des Streits um Erzberger aus rechtsgerichteten Elementen des Rheinlands durch Abspaltung vom Zentrum neu gebildet hat, mit 21 Abgeordneten. Endlich noch die kleinen Parteien der Deutsch-Hannoveraner (Welfen) mit 5 (4), des Bayer. Bauernbunds mit 4 und der Kommunisten mit 2 Abgeordneten.

Bei der Berechnung des Stimmengewinns und des Stimmenverlusts der einzelnen Parteien macht man gewöhnlich den Fehler, daß man einfach die Wahlergebnisse vom 19. Januar 1919 und vom 6. Juni 1920 gegeneinander hält. Das gibt aber ein ganz schiefes Bild. Denn außer Elsaß-Lothringen hat 1919 das ganze alte Reich gewählt, 1920 aber fehlten Ostpreußen, Oberschlesien und Schleswig-Holstein — was davon deutsch bleibt, soll, wie gesagt, im Herbst nachwählen —, sowie der weitaus größte Teil von Westpreußen und Polen, welche Provinzen jetzt schon an Polen verloren sind. Rechnet man die in den genannten Provinzen abgegebenen Stimmen ab, so erhielten damals Stimmen: die Sozialdemokraten 10 288 121 (1920 5 531 157), Zentrum 5 444 571 (3 500 800), Demokraten 4 974 584 (2 152 509), Deutschnationalen 2 666 199 (3 638 851), Deutsche Volkspartei 1 155 611 (3 456 131), Unabhängige 2 183 411 (4 809 862). Es haben also verloren: die Sozialdemokraten 4 756 964 Stimmen (nicht 6 Millionen, wie irrtümlich vielfach gezählt wird), Demokraten 2 822 075, Zentrum 1 943 771, und es haben gewonnen: Unabhängige 2 626 451, Deutsche Volkspartei 2 300 520, Deutschnationalen 972 652 Stimmen. Gewinn und Verlust ermäßigen sich demnach der Stimmenzahl nach erheblich, außerdem ist beim Zentrum zu berücksichtigen, daß die Christlich-Föderalistische Partei — ihren Namen hat sie u. a. davon, daß sie die durch Erzbergers Finanzreform eingeleitete Ausgestaltung des Reichs zum „Einheitsstaat“ bekämpft und den früheren bundesstaatlichen Charakter erhalten wissen will — mit gewissem Vorbehalt dem Zentrum beizuzählen ist, dessen Stimmenverlust sich dadurch streng genommen auf 688 885 ermäßigt. Bezüglich der Verteilung der Abgeordnetenmandate und der Stärke der Parteien ist aber im Auge zu behalten, daß der Reichstag 1920 auf Grund des „wählbaren“ Systems und der Wahlbeteiligung 462 Abgeordnete zählt, während die Nationalversammlung 423 aufwies. Der Mandatsverlust einer Partei wird je nach in dieser Beziehung in seiner Bedeutung verschärft, der Gewinn entsprechend gemindert.

Was das Verhältnis der Stimmen der sozialistischen zu dem der bürgerlichen Parteien anlangt, so hat die Sozialdemokratische Partei 3 064 650 Stimmen an die beiden radikalen Parteien abgegeben, der darüber

hinausgehende Stimmenverlust von 1 692 314 ist ohne Zweifel zum weitaus größten Teil als Zugang den bürgerlichen Parteien zugute gekommen. In runden Zahlen haben 10% Millionen sozialistischen Wählern 15 Millionen bürgerliche gegenüber. Die Wahlen sind, von geringfügigen Ausnahmen abgesehen, überall, Gott sei Dank, in Ruhe und Ordnung verlaufen und die von einigen Berliner Blättern ausgesprengten Falschgerüchte erwiesen sich als blauer Dunst.

Es hat nicht viel Zweck, nach den Gründen zu forschen, die die sehr beträchtliche Verschiebung der Parteistärke im Reichstag herbeigeführt und die bisherige Regierungsmehrheit in eine Minderheit verwandelt haben. Je nach dem Parteistandpunkt wird die Begründung verschieden ausfallen. Ganz allgemein aber läßt sich sagen, daß die Wahlen von 1919, unmittelbar nach dem Zusammenbruch und noch mitten in den Wirren der Revolution, kein getreues Spiegelbild der eigentlichen Volksstimmung geben konnten. Zumal der Bauernbund hat damals in der berechtigten Verärgerung über die böse Wirtschaft der von einer schwachen Regierung gebilligten Kriegsgesellschaften, unter der vor allem die Landwirtschaft zu leiden hatte, den Linksparteien die Stimmen gegeben. Die Enttäuschung vom Standpunkt des Bauern konnte nicht ausbleiben, umso weniger, als die Revolutionsregierung es veräumelte, mit den Fehlern der alten Regierung sogleich gründlich aufzuräumen. Damals wäre es Zeit gewesen und es wäre möglich gewesen, das Schiebertum und der Wucher wären nicht so in die Blüte geschossen und die Milliarden, die den Spekulanten in die Tasche flossen, wären der Volkswirtschaft erhalten geblieben. Dazu kam — mit einer Folge dieses Versäumnisses — die rasende Zunahme der Verschuldung, die Entwertung des Gelds, die stetig steigende Preisvertenerung und die Flut des Papiergelds, die jetzt den Fegelstand von 65 Milliarden erreicht hat. Unsere Zeit hat einen Hunger nach führenden Persönlichkeiten. Das scheinen vor allem die Wählerinnen zu fühlen. So glaubte das linksdemokratische „Berliner Tageblatt“ eine „Flucht der demokratischen Frauen auf die reaktionäre Seite“ feststellen zu können. — Von den alten führenden Abgeordneten werden die meisten wieder in den Reichstag einziehen; den Kopf und die Rede Bayerns, der sich von der parlamentarischen Wirksamkeit zurückgezogen hat, wird man vermissen. Im Zentrum wird Erzberger wieder erscheinen; sein Widerpart Helfferich ist von den Deutschnationalen gewählt. Auch Frhr. v. Versner, der sich seinerzeit weigerte, die benötigte Auslieferungsliste von Clemenceau entgegenzunehmen, ist W. d. R. gewählt von der Deutschen Volkspartei.

Gegenwärtig zerbricht man sich in der Reichsregierung und in den Parteien die Köpfe, was nun für eine Regierung gebildet werden soll, da die jetzige Regierung in die Minderheit gekommen ist. Nach dem Brauch einer parlamentarischen Verfassung müßte die Regierung von der neuen Mehrheit gebildet werden. Eine rein bürgerliche Regierung, die an sich möglich wäre, hat aber ihre Bedenken, weil die Sozialdemokraten dann mit der äußersten Linken in die Opposition gehen und der Klassenunterschied sich vertiefen würde. Die Unabhängigen wollen zwar den Klassen Gegensatz auf die Spitze treiben in der Hoffnung, so die Diktatur des Proletariats endlich erreichen zu können. Dafür ist aber die Zeit wohl vorüber. Vielmehr wäre gerade jetzt die beste Gelegenheit, das wirkliche oder vermeintliche Klassenwesen ein für allemal abzutun. Die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und wahrscheinlich auch die Demokraten wären zu einer erweiterten „Koalition“, zu einer gemeinsamen Arbeit mit den Sozialdemokraten in der Regierung bereit, aber diese selber wollen nicht, oder bis jetzt noch nicht. Angeblich fürchten sie, daß die Unabhängigen in der Arbeiterdiktatur noch mehr Boden gewinnen würden. Das sollte aber kein Grund sein. Nur ein paar Abgeordnete mehr oder weniger läme es nicht an, die Sozialdemokratie würde doch ohne Zweifel die stärkste Partei innerhalb der Koalition bleiben und ihren Standpunkt wahrnehmen können. Ueberhaupt sollte man endlich anknüpfen mit dem auch von der jetzigen Regierung oft gesprochenen Wort: „Das Vaterland über die Parteinteressen!“ Ernst zu machen. Die Unabhängigen aber wollen nach wie vor von keiner Koalition etwas wissen, an der die „Bourgeois“, die Bürgerlichen beteiligt sind.

In der Sozialdemokratie ist der sehr starke Scheidemann-Fißgel der gleichen Meinung. Hat er die bisherige Koalition schon nur als ein „notwendiges Uebel“ ertragen, so lehnt er eine Erweiterung nach rechts erst recht ab. Und doch, wie soll es nach dem Wahlergebnis anders werden?

Diese Frage zu lösen, treten die Parteileitungen in Berlin zusammen. In nächster Woche wird die Entscheidung fallen. Es hat Eile, denn die Konferenz von Spa steht vor der Tür, wo die neue Regierung vertreten sein soll. Zwar soll sie abermals verschoben worden sein, aber es wäre doch gut, wenn für den höchstwahrscheinlichen Mißerfolg dieser sog. Konferenz nicht wiederum, wie bei allen möglichen Dingen, den Deutschen die Schuld aufgeladen werden könnte, weil sie nicht „fertig“ gewesen seien. Nebenbei mag bemerkt werden, daß die Bildung der Regierung eine rein deutsche Angelegenheit ist, die das Ausland und die Verbündeten gar nichts angeht.

Die englisch-russischen Verhandlungen in London wollen gar nicht vom Fleck kommen. Lloyd George erklärt, es wäre eine außerordentliche Dummheit, wenn man mit Rußland, das Getreide, Flachs, Holz, Holz und andere für England nützliche Dinge im Ueberfluß hat, sich nicht verständigen würde, wenn aber eine Verhandlung mit Krassin stattfinden soll, reißt er allemal „gesundheitshalber“ ein paar Tage aufs Land und ist nicht zu sprechen. Ob dieses Versteckspiel zum Ziel führt, weiß man nicht; schon ist es nicht und besonders reichlich scheint es uns auch nicht zu sein.

Wegen der Alandinseln wollen sich Schweden und Finnland in die Haare geraten. Es sind dies etwa 300 km² sehr fruchtbare Inseln von zusammen 1426 Quadratkilometern, davon 80 bis 90 bewohnt. Sie wurden 1809 von Schweden an Rußland abgetreten und haben eine vorwiegend schwedische Bevölkerung. Die Inseln sind von großer strategischer Bedeutung sowohl für Schweden wie für Rußland bzw. Finnland, sie sind gewissermaßen die Brücke aus dem Osten zum westlichen Weltmeer. Wenn sich nun die beiden darüber streiten würden, so könnte es leicht sein, daß, „um Frieden zu stiften“, ein Dritter die Beute wegschnappt, wozu hat man denn den „Völkerbund“ gegründet, der nach amerikanischem Urteil in Wirklichkeit ein Staatenbund ist, also das Gegenteil. — Zwischen Polen und Rußland wird noch erbittert gekämpft. Neuerdings wollen auch die Litauer gegen die polnische Annahme mobil machen und sich die ihnen weggenommenen St. Wilna und Grodno wieder holen. Hoffentlich wird es den Franzosen nicht gestattet, ihre 100 000 „Aitteneine“ Schwarzen, die sie den Polen zu Hilfe senden wollen, durch Deutschland auf der Eisenbahn zu befördern. Dazu sind unsere Eisenbahnen und Kohlen doch wahrhaftig nicht da.

Die Regierungskrisis.

Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet, will Ebert nicht mehr für die Reichspräsidentenschaft als Bewerber auftreten. Er halte die in der Sozialdemokratischen Partei gegen seine Person bemerkbaren Widerstände für ungerechtfertigt, da er in erster Linie nicht den Parteinteressen, sondern den Interessen der Gesamtheit zu dienen habe.

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ glaubt eine Zuspitzung der kritischen Umstände feststellen zu können. Die Beziehung der Deutschen Volkspartei zur Koalition wäre durch eine nachgiebigere Haltung der Sozialdemokratie zu ermöglichen. Vorläufig sei die Wiederherstellung der alten Koalition noch nicht ganz ausgeschlossen. Die „Germania“ glaubt, daß Zentrum und Demokratie sich zur alten Koalition wieder zusammenschließen würden. Nach der Erklärung der Bayerischen Volkspartei im „Bayer. Kurier“ ist die Partei bereit, die Bildung der Reichsregierung zu unterstützen. Sie schlägt eine Koalition aus Sozialdemokratie, Demokratie und Zentrum einschließlich der Föderalisten vor; die Deutsche Volkspartei werde einer solchen Regierungsbildung wohl keine Schwierigkeiten bereiten. Der „Vorwärts“ sagt, die von den Unabhängigen neuerdings aufgestellten Bedingungen können von der Sozialdemokratie angenommen werden. Beide Parteien würden diese Bedingungen als gemeinsames Programm den bürgerlichen Mittelparteien unterbreiten. Wenn diese ablehnen, so sei es an ihnen, eine Regierung ohne Sozialdemokraten zu bilden. (Die bürgerlichen Man-

date betragen 261 bis 263 gegen 199 sozialistische.)

Die Deutschnationale Volkspartei erklärt: Die Partei lennt in der gegenwertigen Lage nur das eine Ziel, den Wiederaufbau des untergebrochenen Vaterlands, und sie ist bereit, mit allen zusammenzugehen, die willens sind, bei der Wiederherstellung von Arbeit, Wirtschaft und Bildung in Deutschland zu helfen. Für die Bildung der neuen Regierung darf nicht Abneigung oder Zuneigung der einzelnen Parteien, sondern nur das groÙe vaterlândische Arbeitsziel maßgebend sein.

Der Hauptvorstand der Deutsch-demokratischen Partei mißt die Schuld an der gegenwertigen Lage der mahllosen Agitation der bisherigen Oppositionsparteien bei. Diese mûgen jetzt Wege finden, auf denen sie ihre Wahlversprechungen erfûllen und der Republik eine handlungsfâhige Regierung schaffen können.

Staatssekretâr Stod im Reichswehrministerium hat sein Amt niedergelegt.

Die „Köln. Zig.“ (Deutsche Volksp.) empfiehlt ein Mindestprogramm, auf das sich Bûrgertum und Sozialdemokratie einigen könnten. Voraussetzung sei das Bekenntnis zur Verfassung, Republik und Demokratie, das es verbiete, zur Verfassung oder Verfassungsrechtliche Aenderungen anders als auf verfassungsmâÙigem Wege zu erfûhren. Die Grundforderung sei die Aufrechterhaltung einer starken Staatsautoritât. Die Wirtschaft mûÙe entpolitisiert werden; die Wirtschaftspolitik der nâchsten Zukunft mûÙe eine Arbeitspolitik und damit auch eine Arbeiterpolitik sein, aber die Arbeiter werden einen Ausgleich mit den Arbeitgebern finden müssen, sonst seien sie den Wt ab, aus dem sie finden. Beide Teile seien deshalb unter Ausbau des Râtesystems und der Gewerkschaften auÙerhalb der Parteipolitik in Arbeitsgemeinschaften zusammenzufassen, die in eine Kammer der Arbeit einflieÙen, die mit weitgehenden Rechten auch gegenûber dem politischen Parlament auszustatten und durch verbindliche Schlichtungsstellen zu ergânzen wûre. Die auswârtige Politik solle unter sachkundiger Leitung so gefûhrt werden, daÙ alle der Grundlage des Versailleser Friedens eine wirtschaftliche Gemeinsamkeit der Völker bei der Arbeit zur Wiedergeburt Europas angestrebt wird. Wenn der Augenblick fûr eine Sammlung der Parteien noch nicht reif sein sollte, so mûÙte an die Stelle einer Regierung der Parteien eine Regierung der fâhigsten Kùpfe aus den fûhrenden Mânner aller Parteien treten, etwa mit Trimborn (Ztr.) als Reichszkanzler.

Wie verlautet, beabsichtigte die Reichsregierung nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses, den eben gewâhlten Reichstag sofort wieder aufzulösen und neue Wahlen auszuschieben. Der Gedanke wurde aber fallen gelassen, weil die Parteiklassen leer und Wahllegitimatoren und Wähler ermûdet sind.

Dresden, 11. Juni. Die beiden Regierungsparteien, Sozialdemokratie und Demokratie, erklâren, daÙ sie aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen die Folgerungen ziehen wollen, sobald die neue Reichsregierung gebildet sei. Die Kammermehrheit ist fûr baldigste Vornahme der Wahlen zum neuen Landtag.

Berlin, 11. Juni. Die beiden Regierungsparteien, Sozialdemokratie und Demokratie, erklâren, daÙ sie aus dem Ergebnis der Reichstagswahlen die Folgerungen ziehen wollen, sobald die neue Reichsregierung gebildet sei. Die Kammermehrheit ist fûr baldigste Vornahme der Wahlen zum neuen Landtag.

Neues vom Tage.

Begnadigung.

Berlin, 11. Juni. Wie die „Voss. Zig.“ aus Mûnster meldet, hat Reichspräsident Ebert alle kriegsgerichtlichen Beurteilungen im Reichswehrkommando Mûnster aufgehoben.

Die Kaland-Frage.

Stockholm, 11. Juni. Hier wird versichert, Schweden werde sich in dem Streit mit Finnland nicht dem Schiedsspruch des Völkerbunds unterwerfen, weil es seine geschichtlichen Rechte nicht aufgeben wolle.

Berlin, 10. Juni. In Trabris (Persien) wurde der deutsche Konsul Wustrow bei der Verteilung des Konsulats von einem persischen Polizisten erschossen. Die Engländer hatten die Perser gegen die Deutschen aufgehetzt.

Die wilde Hummel.

Roman von Erich Griese.

55

(Fortsetzung.)

Noch vor kurzem hâtte Norbert über die schwärmerische Verehrung in den Blicken des Jûnglings gelacht. Heute schneidet sie ihm ins Herz. Und mehr noch die unbefangene Freude, die aus Lianes beweglichen Lippen spricht.

Zu ihm selbst ist sie stets kalt und abweisend. Zu diesen jungen Fant dagegen — und er preßt die Lippen fest aufeinander in einem ihm ganz neuen Gefühl — dem qualenden Gefühl der Eifersucht.

In einer seltsamen Gedankenverbindung sieht Liane gerade in diesem Moment zu Norbert hinüber. Sie gewahrt, wie Liselotte ihm vertraulich etwas ins Ohr flûstert und wie dabei leichte Rôte in seine Stirn steigt. Und voller Embdrung wendet sie den Blick ab.

Ach, keines dieser beiden verblenden jungen Menschenkind weiß, daÙ ihre Gedanken bestândig beieinander weilen! DaÙ nur Trox es ist, der ihre Herzen trennt! Und Stolz, unabhângiger, hochschwender Stolz!

Was Norbert in seiner aufglimmenden Eifersucht noch bestârkt, ist der Umstand, daÙ Liane den jungen Trotha aufgefordert hat, fûr ein paar Tage nach Birkenfelde zu kommen.

Es sind die lautersten Motive, die sie dazu bewegen; denn sie glaubt, bemerkt zu haben, wie in Was Herz eine zârtliche Neigung fûr Gerald aufkeimt. Und da auch der Jûngling seit einiger Zeit fûr das liebe schâtterne Mâdchen unverhohlenes Interesse zeigt, so

Weitere Verschiebung der Konferenz von Spa?

Paris, 10. Juni. Davos verbreitet: Durch den Rücktritt des Kabinetts Nitzi und die Wahlen in Deutschland ist es fraglich geworden, ob das italienische und deutsche Kabinett so zeitig gebildet werden können, daÙ sie noch auf der Vorbesprechung in Brüssel als der Vorbereitung fûr Spa sich vorzustellen in der Lage sind. Andernfalls mûÙte die Konferenz abermals verlagert werden. Die Finanzkonferenz des Völkerbunds in Brüssel kûnnte vielleicht stattfinden, ohne daÙ das Ergebnis von Spa abgewartet wûrde. Sie wûrde vor allem die Frage der internationalen Anleihe zu lûsen haben.

Donaukonferenz.

Paris, 10. Juni. Am 17. Juni soll in Paris eine Konferenz der beteiligten europâischen Staaten, darunter auch Deutschland, zur Regelung der Donau-Kanalverbindung stattfinden, wobei auch die Frage der Kanalverbindung zwischen Rhein und Donau erôrtert werden wird. Deutschland soll aufgefordert werden, zwei Vertreter, und zwar je einen aus Wûrttemberg und Bayern, zu entsenden.

Was die englische Arbeiterabordnung über Rußland berichtet.

Amsterdam, 10. Juni. Der Vorsitzende der aus Rußland nach London zurûckgekehrten Abordnung der englischen Arbeiterpartei erklârte es als allgemeinen Eindruck, daÙ der Grundsatz einer Râteregierung fûr ein demokratisches Land wie England nichts taugt. Die Bolschewisten berückichtigten die menschliche Natur nicht und der Kommunismus kûnne erst in einigen Generationen verwirklicht werden. Die Bevôlkerung des flachen Landes stehe dem Bolschewismus nicht freundlich, eher gleichgûltig gegenûber. Gegen sei die groÙe Mehrheit der Bevôlkerung von Petersburg, wo am meisten gehungert werde, unseitebar auf Seiten der Bolschewisten.

Das Kabinett Nitzi zurûckgetreten.

Rom, 10. Juni. In der gestrigen Kammer Sitzung gab Ministerprâsident Nitzi bekannt, daÙ der Kônig ein Dekret unterzeichnet habe, durch das die Erhûhung des Brotpreises widerrufen wird. Das Kabinett habe infolgedessen den Rücktritt beschloÙen. Die Verklûndigung wurde von der Linken mit tosendem Beifall aufgenommen. Die Erregung artete in eine Sâttlererei zwischen Nationalen und Sozialisten aus. Die Kammer wurde vertagt.

Die Heimkehr der Amerikaner.

Vasel, 10. Juni. Nach der Pres-Informations ist der amerikanische Dampfer „Pocahontas“ mit 1700 amerikanischen Soldaten von Danzig nach Amerika abgefahren. In Antwerpen wird er noch Material der amerikanischen Heeresleitung an Bord nehmen.

Die demokratische Wahlpflicht in Amerika.

San Francisco, 10. Juni. Der Vorsitzende des nationalen Ausschusses erklârte, die wichtige Stelle in der demokratischen Plattform werde eine Erklärung zu Gunsten der Ratifikation des Friedensvertrags von Versailles sein.

Krieg im Osten.

London, 10. Juni. (Reuter.) In polnischen Kreisen Londons wird erklârte, die Tschechen hâtten in der Slowakei 7 Divisionen dicht an der polnischen Grenze aufgestellt.

Amsterdam, 10. Juni. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daÙ die franzôsischen Truppen das thrakische Gebiet nunmehr vollstândig gerâumt haben.

Amsterdam, 10. Juni. Die „Times“ melden aus Bukarest: Durch die allgemeinen Wahlen in Rumânien erhielt General Barons eine groÙe Mehrheit. 215 Abgeordnete gehôren zu der Volkspartei unter General Barons, wâhrend die Opposition 127 Mânner zâhlt.

Vom Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 10. Juni. Der Zusammentritt des vorlâufigen Reichswirtschaftsrats wird, wie verschiedene Blâtter melden, noch im Lauf des Monats Juni stattfinden.

Berlin, 10. Juni. Im Kreis Charlottenburg ist nach den Blâttern auch der Oberverwaltungsgerichtsrat a. D.

hoffte Liane, diese beiden jungen Menschen ein Herz zusammen und glûcklich zu machen.

Von Tag zu Tag schlieÙt sich der alte General immer enger an seine Schwiegertochter heran. Sundenlang sitzt sie bei ihm und liest ihm vor. Oder sie erzâhlt ihm von ihrer Kinderzeit, und er scheint sich in den geringsten unangenehm berûhrt zu sein, wenn sie versichert, kein Eidschûdchen erklâtere rascher die hûchsten Bûum als sie.

Oder sie reden beide ûberhaupt nichts, und der Greis hâlt nur ihre warme Hand zwischen seinen zitternden bleichen Fingern und blickt nachdenklich in das schône Mâdchengesicht, das jetzt so still und ernst geworden ist. Wagt er etwas von dem Leib, das seine Schwiegertochter stolz in ihrem Innern verschlieÙt? —

Zu Ehren des siebzehnten Geburtstages des alten Herrn soll in Birkenfelde ein Fest stattfinden — mit groÙem Pomp und Glanz, wie die stillen Râume es schon lange nicht mehr gesehen haben.

GroÙe Vorbereitungen finden statt. Zum erstenmal, daÙ Eva, an der Spitze eines Heeres von Dienstmädchen, aus dem Vollen wirtschaften kann. Tausende und Abertausende werden schon seit Wochen vorausgibt, um SchloÙ und Park wenigstens âuÙerlich etwas zu restaurieren und ihnen jenes Odium des Verfalls zu nehmen, das ihnen bereits anhaftet.

Sofort nach Lianes Ankunft wollte Eva ihr, als der nunmehrigen Herrin, die Schlûssel und somit die Oberleitung des ganzen Haushaltes ûbergeben.

Freundlich, aber bestimmt, lehnte Liane ab. Sie versicherte nichts vom Leiten eines vornehmen Haushaltes; das mache Eva viel besser.

Es waltet das liebe Mâdchen nach wie vor ihres

Graf Westarp gewâhlt worden. Die Zahl der Deutschnationalen Abgeordneten erhûht sich damit auf 66.

Berlin, 10. Juni. Kapitân Humann, der frûhere Leiter der Nachrichtenstelle des Reichswehrministeriums, ûbernimmt die Leitung der „Deutschen Allg. Zeitung“.

Geiselmordprozess.

Mûnchen, 10. Juni. Im dritten Geiselmordprozess beantragte der Staatsanwalt gegen die beiden Angeklagten Wadeshauser und Rottler die Todesstrafe. Das Urteil wird am Samstag gefâllt werden. Rottler ist Oesterreicher.

Die schlesische Kohle.

Wentzen, 10. Juni. Nach der Oberschlesischen Morgenpost betrug die Kohlenförderung Oberschlesiens im Mai 2238320 Tonnen, der Hauptbahnerverband 1510301 Tonnen, der Kohlenbestand 236359 Tonnen. Die Waggengestaltung war gut; es blieben nur 0,1 Proz. — Nach dem polnischen Wirtschaftsblatt „Przemysl“ hat der Kohlenkommissar des Obersten Rats die bisherige Zuteilung der oberchlesischen Kohlen an Polen um 150000 Tonnen monatlich auf 400000 Tonnen erhûht. Die Erhûhung soll dem Wiederaufbau der polnischen Industrie, besonders der Exportindustrie, dienen.

Die Zeppelein.

London, 10. Juni. In Unterhaus sagte Minister Churchill auf eine Anfrage in der Auslieferung des deutschen Luftschiffs „Z 71“ sei in den nâchsten Wochen zu erwarten. Man hoffe, durch seine Probefahrt wertvolle Erfahrungen zu machen. Ein zweites Luftschiff werde in drei Woch in den Vereinigten Staaten abgefliegen. Weder in der Welt noch im Land befindliche weitere Luftschiffe siehe ein Abkommen bevor, durch das sie zu Handelszwecken nutzbar gemacht wûrden. Auf die weitere Frage, warum „Z 71“ nicht nicht ausgediegt sei, erwiderte Churchill: Wir sind nicht unbefriedigt ûber die Art, in der die Deutschen ihre Verpflichtungen erfûllen.

Wûrttemberg.

Stuttgart, 10. Juni. (Der Altersprâsident.) Altersprâsident des neuen Landtags ist Oberstudienrat Dr. Uferhâuf von der Deutschen Volkspartei. Die erste Sitzung findet am Dienstag, 22. Juni, nachmittags 3 Uhr statt.

Stuttgart, 10. Juni. (Ernennung.) Der Reichsprâsident hat den Regierungsrat Fritz Adâ von Eßlingen und den Bezirksamtmann Hermann Rôhm, beide frûher beim Gouvernement Kamerun, zu Geh. Regierungsrâten ernannt.

Stuttgart, 10. Juni. (Donaukonferenz.) Auf der internationalen Donaukonferenz am 17. Juni in Paris wird Wûrttemberg durch den Unterstaatssekretâr Peters im Reichsverkehrsministerium vertreten sein, dem Regierungsrat Dr. Hirsch beigegeben ist.

Stuttgart, 10. Juni. (Sozialdemokratische Landeskonferenz.) Zur Besprechung der politischen Lage ist am nâchsten Sonntag in das hiesige Gewerkschaftshaus eine Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei einberufen, die die Taktik im Land- und Reichstag und die Aufgaben der Partei in der nâchsten Zukunft beraten soll.

Stuttgart, 10. Juni. (Schiffsbaulieferung.) Die Beteiligung der wûrtt. Industrie an den Schiffsbaulieferungen nimmt rûndig zu. Wâhrend in der letzten Hâlfte 1919 nur fûr 1 1/2 Millionen Mark Auftrâge nach Wûrttemberg gelangten, weist allein der Februar 1920 eine Beteiligung an den Schiffsbaulieferungen von 1,6 Millionen wûrttembergischer Auftrâge auf.

Anfragen wegen der Beteiligung sind an die Abteilung fûr Schiffsbaulieferungen beim Wûrtt. Kohlen- und Auftragsamt und an die Wûrtt. Vermittlungsstelle fûr Schiffsbauauftrâge, Handelshof, Stuttgart zu richten.

Stuttgart, 10. Juni. (Unterhaltung.) Der Wûrtt. Kaufmann Franz Josef Ernst von hier, der bei der Lebensmittelversorgung Stuttgart G. m. b. H. angestellt war, hat im Frûhjahr 1919 zunâchst 40 Jre. Dienstzeit und als dieses „Wûrtt.“ antritt 40 Jahre

Altes, und nichts scheint sich gegen frûher verândert zu haben in Birkenfelde. Nur daÙ die „gnâdige Frau Baronin“, wie Liane vom ganzen Personal mit hûchstem Respekt genannt wird — hier und da einmal die weiten Râume durchschreitet oder im Garten einen einsamen Spaziergang unternimmt oder an der Seite ihres Schwiegervaters ansâhrt.

Zuerst wunderte sich die Dienerschaft ein wenig ûber die Zurûckhaltung zwischen den Ehegatten. Aber ein gutgeschultes Personal darf solcher Verwunderung nicht Ausdruck geben. Und da der „gnâdige Herr Baron“ seine Gemahlin stets mit zârtester Aufmerksamkeit behandelt, so gewûhnt man sich bald daran, daÙ das stiner Paar in „eicht vornehmer Weise seine Empfindungen fûr sich behâlt“ und sie „nicht jedermann zur Schau trâgt“.

18.

In ihrem Boudoir vor dem groÙen Ankleidespiegel steht die junge Herrin von Birkenfelde.

Liane hat es in der kurzen Zeit ihrer Ehe — sie heÙt seit kaum einem halben Jahre Frau v. Achenbach — gelernt, sich geschmackvoll und ihrem Namen und ihrem Reichtum gemâÙ zu kleiden.

Auch heute wieder ist ihre Toilette von wunderbarer Pracht und Schônheit.

Ein rosa Seidenbrokatkleid von unschâtzbarem Wert um Hûllt ihre schlanken Glieder. An der Brust, an den Armen, in den zierlichen Ohren, im hochfrisierten HaargefûÙt erstrahlen Brillanten. Ja selbst auf die goldgestickten Blumen der langen Schwelpe sind, wie absichtslos, einige Diamanten hingeworfen.

Mit zusammengeklagerten Hânden bewundert Jeanette das Kunstwerk.

Eisenbahnwagenladungen Lebensmittel unterschlagen und verschoben, 186 Kisten Gemüselieferanten, 270 Kisten Kunsthonig usw. Seine Beute ließ er vom Bahnhof weg durch die Unterbeförderer zu dem Kaufmann und Feinstoffhändler Alfred Mirsch schaffen, der die Waren an andere Geschäftsleute verschob. Insgesamt sind deswegen 19 Personen wegen Schleich- und Kettenhandels angeklagt. Ernst erhielt für die Waren über 100 000 Mk., wovon die Hälfte bei Mirsch beschlagnahmt wurde, die andere Hälfte hat Ernst mit seiner „Braut“ und in lustiger Gesellschaft in kurzer Zeit durchgebracht. Als er die Entdeckung seiner Betrügereien fürchten mußte, flüchtete er in einen Ort bei München, wohin der Privatdetektiv Gustav Schwarz hier den Briefwechsel mit seiner Familie vermittelte. Schwarz ist deshalb der Begünstigung angeklagt. Für die Verhandlung vor der Strafkammer, die gestern ihren Anfang nahm, sind mehrere Tage vorgegeben.

Neuffingen, 10. Juni. (Vertragswechsel.) Das Gasthaus zum Löwen ging, wie schon berichtet, an die Vereinigten Strichwarenfabriken Scholter und Schaulster um 320 000 Mark über. Ihr bisheriges Anwesen, das sie 1918 um 90 000 Mark erwarben, veräußerten sie um 170 000 Mark an den Strichwarenfabrikanten Enzle, der die vor kurzem erworbene „Bundeshalle“ wieder der Stadt überlassen hat.

Oberndorf, 10. Juni. (Wertvolles Geschenk.) Die Gedächtnisbücherei der hiesigen Stadtverwaltung erhielt durch das Benediktinerkloster Maria Eintracht eine Komposition von Emilian Kanfer aus dem Jahr 1790. Er ist als Sohn eines Lehrers im Jahr 1749 geboren und hat hier seine Jugend verbracht; später war er Chorleiter und Organist in der Benediktinerabtei Petershausen bei Konstanz.

Schwenningen, 10. Juni. (Lohnbewegung.) Die Tarifverhandlungen in der Uhrenindustrie, die in Billingen stattfanden, verliefen ohne Ergebnis. Die Unternehmer waren bereit, den verheirateten Arbeitern und Witwen eine Teuerungszulage zu gewähren. Diese sollte aber den ledigen Arbeitern unter 21 Jahren nicht gegeben werden. Die Arbeitervertreter lehnten den Vorschlag ab, so daß nun die Sache vor dem Schlichtungsausschuß entschieden wird. Bisher bleibt der alte Tarif samt den Teuerungszulagen in Kraft.

Stwangen, 10. Juni. (Schwere Heimtuchung.) Die Maul- und Klauenseuche hat die Gemeinde Pfahlheim böß mitgenommen. Es mußten laut „Pf- und Jagdztg.“ notgeschlachtet werden in Pfahlheim bis jetzt 379 Stück, in Halheim bis jetzt 112 Stück, in Hochreut bis jetzt 41 Stück, in Hirzbach bis jetzt 19 Stück, zusammen 551 Stück. Und noch wütet die Seuche weiter!

Weikersheim O. A. Mergentheim, 10. Juni. (Unterfang.) Der hiesige Polizeidiener nahm zwei aus Wien stammende Landstreicher fest und lieferte sie dem Oberamt ein. Es stellte sich heraus, daß es sich um zwei Verbrecher handelt, auf deren Ergreifung eine Belohnung von 5000 Mark gesetzt ist.

Ulm, 10. Juni. (Abtransport russischer Kriegsgefangener.) Am 20. Juni wird ein großer Teil der russischen Kriegsgefangenen aus dem Gouvernementsbezirk Moskau, Iwer, Jarislaw, Kofirova, Miskhi-Novgorod, Penza, Tula, Kasan, Kaluga, Drel, Tambow, Wologda abtransportiert. Die Gefangenen, die sich auf Arbeitsstellen befinden, müssen spätestens am 17. Juni im Lager Ulm versammelt sein.

Steinheim a. A., 10. Juni. (Jugendherberge.) Oekonomierat Mayer hat im Gasthof z. Ochsen ein großes Lokal mit 15 Betten als Jugendherberge zur Verfügung gestellt. Durch Stiftungen der Firmen Joeppritz in Mergelstetten und Plouquet in Heidenheim werden die entstehenden Unkosten gedeckt. Auf dem Weg zur Charlottenhöhle bietet diese Herberge jugendlichen Wanderern eine willkommene Stätte der Erholung.

Nabensburg, 10. Juni. (Anschlag auf einen Eisenbahnzug.) Zwischen Weckenbeuren und Oberzell wurde bei einem Bahnübergang eine Menge größerer Steine auf das Gleis gelegt. Die schwere Lokomotive beseitigte zwar das Hindernis, aber ein Teil der Steine wurde bis auf die Plattformen der nachfolgenden Wagen angeworfen. Die Reisenden hatten das Gefühl, als ob die Wagen in Brüche gehen würden.

Friedrichshafen, 10. Juni. (Das Herzogspaar bei der Wahl.) Im Wahlbezirk 2 erschien als erster Wähler Herzog Wilhelm zu Württemberg, dann Herzogin Charlotte.

Vom Bodensee, 10. Juni. (Die letzten Luftschiffe.) Die deutsche Heeresverwaltung hat die beiden letzten Zeppeline an Frankreich ausgeliefert. Der eine ist der L. 72, der andere A. B. neuester Konstruktion. Einer soll als Marineluftschiff in Euers Pierrefeu stationiert werden, der andere wird dem Unterstaatssekretariat für Luftverkehr unterstellt werden und in Naubeuge seinen Standort finden, und zwar in einem Schuppen, den wir während des Kriegs erbaut haben. — Im Adolfszeller Hafen landeten zwei italienische Flugzeuge, deren Führer den Untersee für den Rhein hielten, und die glaubten, auf Schweizer Gebiet zu sein. Nach kurzem Aufenthalt fuhren die Flugzeuge angeblich nach Stockholm weiter.

Vom Schwarzwald, 10. Juni. Die Kälte der letzten Tage hat den Heidelbeeren erheblichen Schaden zugefügt.

Breitnau, 9. Juni. Bei einem Gewitter schlug der Blitz in die elektrische Leitung des Weistannenpops in Steig und tötete einen Stier im Stall und im Leibdinghäuschen, das in der Nähe steht, eine Kuh.

Stllingen, 10. Juni. Dem Gastwirt Westermann wurde ein Pferd im Wert von 12 000 Mark gestohlen. Der Dieb konnte in der Person des 19jährigen Lothar Weber aus Speffart verhaftet werden, der das Tier nach Pforzheim gebracht hatte, um es dort auf dem Pferdemarkt zu verkaufen.

Staufen, 10. Juni. Bei den Kirschbaumversteigerungen an der Münstertaler Straße gab es

arge Preistreiberien. Bäume, die zu 10 bis 15 Mark angeschlagen waren, ergaben 80 bis 140 Mark. Hierzu kommt der Arbeitslohn für das Brechen der Kircken, sodas sich diese am Zweig auf 1,80 bis 2 Mark das Pfund stellen.

Stamaringen, 10. Juni. (Die Domänenfrage.) Im Kommunalparlament beauftragte der Vertreter des preuß. Ministeriums, Ministerialrat Kübler, die Domänenfrage vom Rechtsstandpunkt aus. Man einigte sich vorerst darüber, daß auf dem Rechtsweg nichts zu erreichen sei. Der einzige gangbare Weg wäre der einer gütlichen Verständigung. Der Vorsitzende Pfarrer Brandhuber anerkannte die Ausführungen des Ministerialrats. Die Auseinandersetzung zwischen Fürst und Volk sei seinerzeit durch die Abtretung des Landes an Preußen 1849 unterbrochen worden und diese sei nur erfolgt, um die Domänen als unbeschränktes Eigentum zu erhalten. Die Bevölkerung werde diese Frage nicht ruhen lassen, bis auf irgend eine Weise ein Ausgleich geschaffen sei.

Stuttgart, 11. Juni. (Der neue württ. Landeskommandant.) Kürzlich wurde an Stelle des nach dem Osten berufenen Generals von Haas ein neuer württ. Landeskommandant ernannt. Generalmajor Kabisch wird aber die Führung der Reichswehrbrigade 13 (Stuttgart) Ende Juli wieder abgeben. Der bisherige Chef der Heeresleitung im Reichswehrministerium, der letzte preussische Kriegsminister, württ. Generalmajor Reinhardt, ist zum Befehlshaber des Wehrkreismandos 5 und gleichzeitig zum württ. Landeskommandanten ernannt worden.

Von der Enz, 11. Juni. (Eine neue Selbstmordmethode.) In Brödingen bei Pforzheim hat sich ein 49 Jahre alter lediger Tagelöhner dadurch das Leben genommen, daß er eine Handgranate entzündete und sich von dieser zerreißen ließ.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 10. Juni.

(45. öffentliche Sitzung.) Unter den Eingängen befand sich ein Antrag der Abg. Dr. Maier-Karlsruhe (D.nal.) u. Gen., durch den die Vorlage eines Gesetzesentwurfs über das Verfahren bei den Volksabstimmungen verlangt wird; weiter ein Antrag des Gemeinderats in Durlach auf Genehmigung der Strafverfolgung gegen den Abg. Dr. Kraus als verantwortlicher Redakteur der „Heidelberger Volkszeitung“. Dieser Antrag ging an die Geschäftsordnungs-Kommission. Der Gesetzesentwurf über die Besoldung der Gemeinde- und Körperschaftsbeamten wurde in erster und zweiter Lesung mit 84 gegen die Stimme des Abg. Weishaupt angenommen. Ein Antrag Ziegelmaier-Oberkirch (Str.), der verlangte, daß das Gesetz auch auf die Angehörigen der Orts- und Zünftevereine auszuwenden sei, wurde einstimmig angenommen. Darauf wurden eine Anzahl Gesuche privater Personen erledigt. Zu dem Gesuch der Gemeinderäte von Riedern, Bühl und Eichberg um Genehmigung der mit einem schweizerischen Fabrikanten abgeschlossenen Jagdpachtverträge wurde der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen. Bei dem Gesuch einer Anzahl Eisenbahnbeamter und Arbeiter in Mannheim um Niederschlagung der gegen sie anhängigen Verfahren wegen Eigentumsvergehens entspann sich eine längere Aussprache. Abg. Müller-Karlsruhe (Str.) verlangte, daß die Aburteilung möglichst beschleunigt werde. Ein Regierungsvertreter erklärte: Hier mußte eingeschritten werden. Die Anklageurkunde hat einen mit Grauen erfüllt: die Eisenbahnwagen sind planmäßig beraubt worden. Es wird wenig übrig bleiben, was man milde beurteilen kann. An den Diebstählen beteiligten sich besonders die Wächter und die Bahnpolizei, die zur Bewachung der Eisenbahnwagen aufgestellt waren. Das Gesuch wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Donnerstag 1/2 Uhr.

Die Abgg. Freudenberger, Dr. Leiser und Vogel (Dem.) hoben im Landtag folgende kurze Anfrage eingebracht: Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Einstellung von Nebenbahnbetrieben auf 1. Juli ds. J. zu verhindern?

Dem Landtag sind Beschw. erden der Betriebsräte der Oberrheinischen Eisenbahngesellschaft A. G. in Mannheim, der Nebenbahn Mosbach-Mudau, der Bahnhaltbahn, der Kaiserstuhlbahn, der Strahburger Strassenbahngesellschaft, der Nebenbahn Bruchsal-Hilsbach, der Bregtalbahn, der Nebenbahn Holtlingen-Kantern, der Lahrer Eisenbahngesellschaft, der Nebenbahn Wiesloch-Meggesheim-Waldangeloch gegen die auf 1. Juli 1920 erfolgte Kündigung des gesamten Personals der Oberrheinischen Eisenbahngesellschaft A. G. in Mannheim zugegangen.

Die Abgg. Fehn und Gen. haben die Anfrage eingebracht: In den Gemeinden des bad. Hinterlands wird z. Bt. ein Gemeindefiskus zur Elektrizitätsversorgung angefordert von 100 Mk. auf den Kopf der Einwohner. Beim Uebergang der Elektrizitätsversorgung vom Kreis Mosbach auf den Staat wurde eine gleiche Behandlung wie in Mittelbaden zugesichert. Ist die Regierung bereit, die Elektrizitätsversorgung in ganz Baden gleichmäßig zu regeln?

Dem Landtag ist ein Gesetzesentwurf zugegangen über die Zuteilung der Stadtgemeinde Sulzburg zum Amtsbezirk und Amtsgerichtsbezirk Staufen.

Baden.

Karlsruhe, 10. Juni. Der Genossenschaftsverband badischer landwirtschaftlicher Vereinigungen in Karlsruhe, der Genossenschaftsverband des Bad. Bauernvereins in Freiburg und der Verband der Wandw. Kreditgenossenschaften haben den Vorschlag des Badischen Bauernverbands einer Vereinigung der gesamten Bauernschaft Badens einschließlich der Genossenschaften unter Rüh-

ring des Bauernverbands mit der Landwirtschaftskammer als ausführendem Organ in wirtschafts- und berufsschlichter Hinsicht abgelehnt mit der Begründung, der Landwirtschaftskammer werden dadurch außerordentliche Befugnisse übertragen.

Karlsruhe, 9. Juni. Chefredakteur Albert Hertzog, der seit dem 1. Januar 1893 die redaktionelle Leitung der „Badischen Presse“ führt, hat einen Ruf als Hauptschriftleiter an die „Bayerische Zeitung“ angenommen. Hertzog war lange Jahre Vorsitzender des Vereins der Karlsruhe Presse und Vorstandsmitglied der Landesorganisation der Redakteure.

Stllingen, 10. Juni. Dem Gastwirt Westermann wurde ein Pferd im Wert von 12 000 Mark gestohlen. Der Dieb konnte in der Person des 19jährigen Lothar Weber aus Speffart verhaftet werden, der das Tier nach Pforzheim gebracht hatte, um es dort auf dem Pferdemarkt zu verkaufen.

Sinsheim, 10. Juni. In einer hiesigen Zigarettenfabrik wurden bei einem Einbruch 6000 Zigaretten und Tabak im Wert von 10 000 Mark gestohlen.

Breitnau, 9. Juni. Bei einem Gewitter schlug der Blitz in die elektrische Leitung des Weistannenpops in Steig und tötete einen Stier im Stall und im Leibdinghäuschen, das in der Nähe steht, eine Kuh.

Staufen, 10. Juni. Bei den Kirschbaumversteigerungen an der Münstertaler Straße gab es arge Preistreiberien. Bäume, die zu 10 bis 15 Mark angeschlagen waren, ergaben 80 bis 140 Mark. Hierzu kommt der Arbeitslohn für das Brechen der Kircken, sodas sich diese am Zweig auf 1,80 bis 2 Mark das Pfund stellen.

Vom Schwarzwald, 10. Juni. Die Kälte der letzten Tage hat den Heidelbeeren erheblichen Schaden zugefügt.

Konstanz, 10. Juni. Am Dienstag früh traten stürmische Arbeiter in den Streik, weil der neue Lohnvertrag, der zwischen den Zentralverbänden der Arbeiterschaft und dem bad. Städteverband vereinbart worden ist, hier noch nicht in Kraft gesetzt wurde. Infolge des Streiks lagen auch die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke still. Im Lauf des Vormittags erklärten sich aber die Arbeiter der techn. Betriebe bereit, ihre Arbeit wieder aufzunehmen, während die Arbeiter der übrigen Betriebe weiter streikten.

Vermischtes.

Ein Sp. erwiesene verunglückte ein Mitglied des Fußballklubs in Schramberg dadurch, daß ihm ein gewarmerter Spieß in den Oberschenkel drang.

Hähere Beschäftigung? Die Bäckergehilfen in Berlin sind wieder in eine Lohnbewegung eingetreten, wozu man, wenn die Forderungen durchdringen würden, die Verteuerung des Breads um ein Drittel befürchtet.

Hähere Preise in Frankreich. Nach dem Berl. Lokalanw. sind die Fleischpreise in Frankreich bis zu einem halben Franken das Pfund gestiegen, auch Gemüse und Obst sind bedeutend billiger geworden.

Holländische Kindersterblichkeit. Die holländische Ambulanz in Hannover, die sich während des Kriegs durch ihre Tätigkeit in der Vermundungs- und Pflege großer Verdienste erworben hat, hat beschloffen, tausend unterernährte Kinder aus den Bolschauschen Hannover zunächst vier Wochen mittags zu speisen. Die Lebensmittel werden aus Holland geliefert.

Schieber. Die Kriminalpolizei in Rdn hat sechs Personen wegen großer Waggonschiebungen, durch welche die Eisenbahnverwaltung um über 10 Millionen Mark geschädigt wurde, festgenommen. Die Schiebergesellschaft hat ganze Waggonsladungen Spirit, Benzin und Autoreifen nach Düsseldorf, Leipzig, Dresden usw. verschoben.

Letzte Nachrichten.

Müller mit der Kabinettsbildung beauftragt

Berlin, 11. Juni. Der Reichspräsident hat den Reichskanzler Müller mit der Neubildung der Regierung beauftragt. Müller wird sich mit dem Führer der Unabhängigen, Crispian, in Verbindung setzen. R. L.

Aus der ersten Zone Nordschleswigs.

Sonderburg, 11. Juni. Die Stadtvertreter lehnten mit 13 gegen 8 Stimmen einen Antrag von bündischer Seite um Bewilligung von 20 000 Kronen zur Ausschmückung der Stadt anlässlich des Besuches des dänischen Königs ab. — Der Generalausstand hat sich in der ersten Zone auch auf die Zeitungsbetriebe ausgedehnt, sodas Zeitungen nicht mehr erscheinen. — Die internationale Kommission hat neuerdings 10 Streifen aus Sonderburg und Umgebung ausgewiesen und nach Flensburg geschickt. Ihre Familien erhielten Befehl, bis zum Sonntag das Gebiet der ersten Zone ebenfalls zu verlassen.

Krawalle bei Krupp.

Essen, 11. Juni. Am Mittwoch zogen mehrere hundert Arbeiter in Rheinfelden vor die Verwaltungsgebäude der Kruppischen Friedrich-Alfred-Hütte, um eine Lohnerhöhung zu erzwingen. Die Direktoren und Beamten wurden mißhandelt und das ganze Werk, das 8500 Arbeiter beschäftigt, stillgelegt. Das Schaden beträgt einige Millionen. Das Werk, das die übrigen Kruppwerke teilweise mit Rohstoffen versorgt, wird längere Zeit nicht mehr in Betrieb genommen werden können.

Kabinetts Giolitti.

Rom, 11. Juni. Giolitti ist mit der Kabinettsbildung beauftragt worden.

Der Anschluß Tirols.

Wien, 11. Juni. Der Salzburger Landtag faßte gestern folgenden Beschluß: Der Landrat wird beauftragt, den Anschluß an Deutschland bzw. Bayern nach wie vor kräftig weiter zu verfolgen. Die sozialdemokratische Partei erklärte, daß sie nur für den Anschluß der ganzen Republik an das Deutsche Reich und nicht für den länderweisen Anschluß eintrete.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 12. Juni 1920.

Turnsport. Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich wird morgen auf dem Turnhalleplatz seitens des hiesigen Turnvereins ein Schauturnen abgehalten. Da die Turnerei am hiesigen Plage auf hoher Blüte steht und die Vereinsleitung alles daran setzen wird den Zuschauern Gutes zu bieten, ist ein Besuch dieser Veranstaltung sehr zu empfehlen.

Vom Fußballsport. Wie man uns mitteilt, findet am Sonntag den 20. Juni der Sportplatzweihung beim Lautenhof statt. Mit der Einweihung ist ein Propagandaspiel zweier Ligareferren (F.-C. Pforzheim—Stuttgarter Kickers) verbunden. Die dadurch entstehenden Auslagen sollen durch freiwillige Gaben aufgebracht werden. Aus diesem Grunde wird im Laufe dieser Woche bei der hiesigen Einwohnerschaft eine Einzeichnungsliste zirkulieren, worauf eine namhafte Summe erhofft wird.

Die Fernspreckgebühren. Die Pauschgebühr für einen Fernspreckanschluß beträgt hier vom 1. Juli an 480 Mk. Die Grundgebühr 240 Mk. und 80 Mk., für 400 Ortsgespräche zu 20 Pf., zu 320 Mk. Für jeden Hauptanschluß sind 1000 Mk., für jeden Nebenanschluß 200 Mk. entwerder einmalig oder in 1/2jähr. Raten zu 250 Mk. bzw. 50 Mk. zu bezahlen. Diese Beträge werden zu 4 % verzinst und nach Aufhebung des Anschlusses zurückbezahlt. Kündigung des Anschlusses bis 15. Juni auf 1. Juli zulässig.

Der Steuerabzug vom Lohn. Amtlich wird mitgeteilt: Um irrigen Auffassungen zu begegnen, sei darauf hingewiesen, daß jeder Arbeitslohn, der am 26. Juni 1920 zur Auszahlung gelangt, dem 10proz. Abzug zu Einkommensteuer unterliegt und zwar auch dann, wenn

er auf einen vor dem 25. Juni liegenden Zeitpunkt entfällt. Wenn also beispielsweise für die Lohnwoche vom 21. bis 26. Juni 250 Mark Arbeitslohn ausbezahlt wurden, so sind 10 Proz. von den ganzen 250 Mark zu kürzen, wenn am 30. Juni 1920 1000 Mark Arbeitslohn für den Juni ausbezahlt wurden, so unterliegen die ganzen 1000 Mark dem Abzug. Eine Auseinandersetzung zwischen dem vor und dem nach dem 25. Juni 1920 verdienten Arbeitslohn ist also nicht statthaft.

— Auslandsbriefe richtig frankieren! Die Briefsendungen nach dem Ausland werden häufig unzureichend freigemacht. Auch die Einschreibgebühr ist nicht immer richtig berechnet. Das Reichspostministerium hat deshalb die Aufgabe Postanstalten von neuem angewiesen, bei vollständigen Freimachung der Briefe nach dem Ausland ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Unangemessen freigemachte Sendungen werden dem Absender, sofern er zu erkennen ist, zurückgegeben, wenn dies ohne nennenswerten Zeitverlust und ohne besondere Müheverwaltung möglich ist. Die Gebühr für Briefe nach dem Ausland beträgt bis zu 20 Gramm 80 Pf., für jede weitere 20 Gramm 60 Pf., für Postkarten 40 Pf., für Drucksachen für je 50 Gramm 20 Pf. Die Einschreibgebühr beträgt 80 Pf. Die inneren deutschen Gebühren gelten nur für den Freistaat Danzig, Luxemburg, Memelgebiet, Oesterreich, Ungarn und Westpolen, also nicht etwa für die Tschechoslowakei.

— Bauern obacht! Eure Kinder haben bisher im Betrieb mitgearbeitet und dafür keine Entlohnung bekommen. Diese erfolgt in der Regel erst später bei der Uebergabe oder durch Erbschaft. Das war früher in der Ordnung, aber jetzt, wo das Vermögen sehr

hart zur Steuer herangezogen wird, müssen alle Bauern das anders machen. Jeder Bauer soll seine Kinder, die im Betrieb mitarbeiten, gleich den Dienstboten entlohnen und jedem ein Sparkassenbuch anlegen. Er kann ja über das Sparbuchs der Kinder verfügen, solange bis sie selbständig werden. Was der Bauer seinen Kindern als Arbeitslohn gibt, kann er bei seiner Einkommensteuer abziehen, bei der Vermögenssteuer erfrucht er die in den Sparkassenbüchern der Kinder angelegten Summen nicht zu versteuern. Allerdings soll er dann auch seine Kinder, die im Betrieb mitarbeiten, bei der Krankenkasse anmelden, damit ein ordentliches Dienstverhältnis nachgewiesen werden kann. Es hat dies auch noch einen anderen, sowohl für die Eltern wie für die Kinder nicht unbedeutenden Wert. Die Kinder, die das Anwesen mit bewirtschaften und es hochbringen helfen, brauchen sich dann bei der Uebergabe nicht mehr mit geringen Beträgen abfinden zu lassen, während das eine den Beträgen wertvollen Hof erhält. Andererseits braucht dann dasjenige, das den Hof erhält, nicht immer die Geschwistergelder als Schulden mitzubringen.

Ev. Gottesdienst. Sonntag, 13. Juni, 2. Sonn. u. Trin. 9 1/2 Uhr Predigt: Stadtpfarrer Dr. Federlin. 10 1/2 Uhr Kindergottesdienst. Nachm. 1 Uhr Christenlehre für die Töchter: Stadtpfarrer Dr. Federlin. Vorm. 9 Uhr Predigt in Sprollenhaus: Stadtpfarrer Lisch.

Kath. Gottesdienst. Sonntag, 13. Juni, 7 Uhr Frühmesse. 9 Uhr Predigt und Amt. Montag und Dienstag keine heil. Messe, an den übrigen Wochentagen 7 Uhr heil. Messe. Beicht: Samstag von 4 Uhr an. Kommunion: Sonntag 7 und 8 Uhr, an den Werktagen bei der hl. Messe.

Wildbad.

Sitzung des Gemeinderats

am Dienstag, den 15. Juni 1920, nachm. 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Brennholzabgabe an die Einwohnerschaft,
2. Nachtrag zum Kulturplan der Stadtwaldungen.
3. Besuch des Bäckermeisters Fuchs um tauschweise Ueberlassung von städt. Areal.
4. Verschiedenes.

Verordnung

über das Inkrafttreten der Vorschriften der §§ 45 bis 52 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 359).

Auf Grund des § 58 Abs. 6 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 (Reichs-Gesetzbl. Seite 359) in der Fassung des Gesetzes zur Durchführung des Einkommensteuergesetzes vom 31. März 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 428) wird hiemit bestimmt:

Die Vorschriften der §§ 45 bis 52 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 über den Abzug von Einkommensteuer am Arbeitslohn treten mit dem 25. Juni 1920 in Kraft.

Berlin, den 21. Mai 1920.

Der Reichsminister der Finanzen:
(gez.) Dr. Wirth.

Diese Verordnung wird hiemit bekanntgegeben.
Neuenbürg, den 11. Juni 1920.

Finanzamt:
Mangold.

Gasthaus zur Eisenbahn

Von heute ab

Münch. Pschorr

offen und in Flaschen im Auschank und über die Straße.

NB. Bin unter Nr. 73 an das Fernsprecknetz angeschlossen

Turn-Verein Wildbad.

Am Sonntag, den 13. ds. Mts. hält der Verein sein

Anturnen

ab, wozu die Ehren- und passiven Mitglieder freundlichst eingeladen werden.

Der Auschuß.

Tagesordnung:

1/2 Uhr Zusammenkunft im Lokal, Gasthaus zur alten Linde.

2 Uhr Zug durch die Stadt nach der Turnhalle. Anschließend

... Schauturnen. ...

Abends 1/2 8 Uhr

Tanzunterhaltung.

Mitglieder haben freien Zutritt.

Speiseöl.

Auf dem Lebensmittelamt wird

Speiseöl

abgegeben.

Es erhält die Person 1/2 Liter zu 5 Mark. Die Abgabe erfolgt für die Nummern 1—400 Montag Vormittag 8—12 Uhr, 401—800 Montag Nachmittag 2—6 Uhr, 801—Schluß Dienstag Vormittag 8—12 Uhr. Sprollenhaus und Nonnenmüß Dienstag Nachmittag 2—6 Uhr.

Städtisches Lebensmittelamt Wildbad.

Alte Linde.

Sonntag, 13. Juni, vorm. 11—1 Uhr

Frühschoppen-Konzert

Künstler-Kapelle Seidel.

Todes-Anzeige.

Tiefbetrübt teilen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht mit, daß unsere liebe, treubeforgte Mutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

Frau

Wilhelmine Fischer

Witwe

uns durch einen schnellen Tod entzissen wurde.

In tiefem Leid

die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung findet Sonntag nachm. 2 Uhr statt.

Herren-Hemden 38 Mark,

Unterhosen 28 Mk., Socken

Paar 13 Mk., Frauenstümpfe

Paar 12 Mk., Knaben-Trikot-

Hemden St. 25 u. 29 Mk.

Porto extra Nachn. Gute Ware.

M. Grossmann, München, 197 C

3 Spannseiler

6, 7 und 8 Meter lang

1 lange Heugabel

8 Schüttel- oder

Worbgäbele

4 Rechen

hat zu verkaufen

Fr. Kloss.

Ab 17. Juni wird die

Firma Friedrich Vacher,

Pianosfabrik Schorndorf

Stimmungen

und

Reparaturen

an Flügeln und Pianos

in Wildbad und Umgebung

ausführen.

Adressen werden in der

Geschäftsstelle ds. Blattes ent-

gegengenommen.

Ochsenmaul-

Salat,

per Pfund 5 Mk.,

zu haben bei

Frau Schill, Löwenbergstr.

Forstamt Wildbad.

Schlagraum-Verkauf.

Am Montag, den 14. Juni 1920 abds. 6 Uhr im „Kuerhahnen“ Christofshof „Kornet der Schlagraum aus Abtl. 107 oberes Baurenteich in auf. 3 Losen zum Verkauf.

Zwei Bettstellen

mit neuem Rost u. Matratze, preiswert zu verkaufen.

Krisch, Haus Hafner, Wildbad.

Sehr gut erhaltener

Kinderwagen

zu verkaufen.

Wo, sagt die Exp. d. Bl.

Ein Posten

Faden

billig zu verkaufen.

Ruthmann, Friseur, Olgastr. 19.

Achtung.

Braves junges Mädchen, wird in kleine Familie zu leichter Hausarbeit gesucht. Sehr gute Behandlung und hoher Lohn zugesichert. Angebote unter S 500 in's Kontor ds. Blattes erbeten.



Verkaufe

mit 35 Proz. Abschlag,

einen kleinen Posten

Knaben- und

Mädchen-Stiefel

von Nr. 27—35.

Robert Hammer,

Schuhmachermstr.

Landes-Kur-Theater

Wildbad

Direktion Sieng & Krauß.

Samstag, den 12. Juni

Am Teetisch.

Gullspiel in 3 Aufzügen.

Sonntag, den 13. Juni

Mam'zelle Nitouche

Operette in 4 Akten.

W.-U. W.

Montag 4 Uhr Samm. Dringend.



Heute Abend im Lokal

Probe,

bet. Leichengesang,

Sonntag Beerbigung.

Der Vorstand.



Heute abend 1/9 Uhr

Singstunde

im Hotel Maish.

Bollzähliges Erscheinen er-

wartet Der Vorstand.

Gasthaus zum

„Hirsch“

... Wildbad ...

Reelle Weine

Gute Küche

Bes.: W. Balz.

Prima

Cigarrillos,

von 40 Pfg. an,

Cigaren,

von 80 Pfg. an,

Cigaretten,

von 25 Pfg. an,

bei

Chr. Schmid u. Sohn,

Tobakwarengroßhdlg.

König-Karlstr. 68.

Linden-Kabarett

Wilhelmstrasse 147

Dir.: E. Zengler.

Tägl. abends 8 1/2 Uhr

Erstklassige

Künstler-Kapelle

Kapellm. SEIDEL

dazu das

neue Kabarettprogramm.

Anschließend Künstler-Reunion.

Vorverk.: Buchhandlung Crutler,

König Karlstr.

